Steuerpaket: Familien entlasten – Eigentum fördern – Wirtschaft stärken



Von Nationalrat Gerold Bührer Wirtschaftsberater, Thayngen

«Steuererleichterungen, nicht Steuererhöhungen schaffen Arbeitsplätze.» Gordon Brown. Finanzminister GB

Die Geschichte über das wirtschaftliche Auf und Ab der einzelnen Länder zeigt, dass insbesondere die Offenheit der Märkte, die Innovations- und Risikobereitschaft sowie eine wirtschaftsverträgliche Finanz- und Steuerpolitik eine zentrale Rolle spielen. Die Frage, wo Wertschöpfung und Wohlfahrt überdurchschnittlich wachsen können, dürfte auch in Zukunft entscheidend von diesen Faktoren geprägt bleiben. Unser Land befindet sich über das letzte konjunkturelle Tief hinaus in einer ernstzunehmenden Wachstumsschwäche. Die Stärkung des Wachstums muss daher ins Zentrum der Wirtschaftsund Steuerpolitik gerückt werden.

Die Fiskalquote ist allein in den 90er Jahren um rund 5% auf gegen 36% gestiegen. Mit diesem Zuwachs befindet sich die Schweiz im europäischen Vergleich in einer unrühmlichen Spitzenposition. Bereits mittelständische Haushalte haben für die Steuern und die übrigen Zwangsabgaben bis zu gegen einem halben Jahr zu arbeiten. Ein Gewährenlassen dieser gefährlichen Spirale würde einen Trumpf des schweizerischen Erfolgsmodells, nämlich den leistungswilligen und eigenverantwortlichen Mittelstand, noch mehr belasten und demotivieren.

Bei dem von den eidgenössischen Räten beschlossenen Steuerpaket und der anstehenden Unternehmenssteuerreform II nimmt die Wachstumsförderung einen zentralen Stellenwert ein. Alle drei Teilpakete, die Entlastung zugunsten von Familien und Wohneigentum sowie die teilweise Abschaffung der Umsatzabgabe, werden positive wirtschaftliche Multiplikatoreffekte auslösen.

Steuergerechtigkeit für Familien

Als Akt der rechtsgleichen Behandlung wird die stossende Benachteiligung erwerbstätiger Ehepaare mit dem Teilsplitting endlich beseitigt. Es ist nicht nachvollziehbar, wenn wegen der steilen Progression der direkten Bundessteuer verheiratete Paare rund doppelt soviel Steuern wie ein Konkubinatspaar zu entrichten haben. Darüber hinaus wird mit der überfälligen Erhöhung der Kinderabzüge und der Einführung eines Abzugs für Betreuungskosten den gestiegenen Kosten Rechnung getragen. Die Voraussetzungen der verheirateten Frauen auf dem Arbeitsmarkt werden dadurch verbessert.

Entgegen dem Vorwurf, es würden einseitig die Grossverdiener begünstigt, werden de facto die unteren und mittleren Einkommen prozentual am stärksten entlastet. Neu werden rund 37% der Steuerpflichtigen von der Bundessteuer befreit. Der Hauptteil der Ausfälle im Umfang von 660 Millionen Franken entfällt auf Einkommen bis 150'000 Franken. Millio-

nen-Verdiener werden dagegen angesichts des unveränderten Spitzensteuersatzes vom neuen Splitting nicht mehr begünstigt.

Breite Eigentumsbildung

Der Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung ist nicht nur wachstumsfördernd, sondern bildet auch bezüglich der anzustrebenden breiten Eigentumsstreuung einen Meilenstein. Steuersystematisch lassen sich zwar gute Argumente für die Erhebung des Eigenmietwerts und den Abzug der Zinsen sowie des Unterhalts anbringen. In der Praxis haben sich jedoch die Probleme gehäuft. Volk und Stände haben 1972 mit deutlicher Mehrheit die Förderung des Wohneigentums auf Verfassungsebene gutgeheissen. Diesem Auftrag wird mit dem Systemwechsel und der Einführung des weitherum bewährten Bausparens nun Rechnung getragen.

Langfristig positive Effekte für den Staat

Aufgrund zusätzlicher wirtschaftlicher Aktivitäten werden mittelfristig aufgrund des Steuerpakets positive Effekte für die Staatskasse resultieren. Wer daher nur mit Blick auf die dramatisierten kurzfristigen Ausfälle die Steuererleichterungen bekämpft, verbaut sich Chancen für Wachstum und Wohlfahrt in der Zukunft. Selbst wenn man bei den Ausfällen auf den überrissenen Schätzungen einzelner Kantone von vier Milliarden Franken (Bund, Kantone, Gemeinden) basiert, so machen diese knapp 2,5% des Haushaltsvolumens von über 160 Milliarden Franken aus. Vor lauter Wehklagen sollten wir den Blick wieder nach vorne auf eine an Anreizen und Eigenverantwortung orientierte Steuerpolitik lenken. Von daher gesehen wird diese Steuerreform unserem Land einen nachhaltigen Nutzen stiften.

2/2004 Private 11